Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:22999-2020:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Schopfheim: Installateurarbeiten
2020/S 012-022999**

Auftragsbekanntmachung

Bauftrag

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Stadt Schopfheim

Postanschrift: Hauptstraße 31

Ort: Schopfheim

NUTS-Code: DE139

Postleitzahl: 79650

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Frau Anna Steffens

E-Mail: a.steffens@schopfheim.de

Telefon: +49 7622396-182

Fax: +49 7622396-55183

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.schopfheim.de

I.2) Informationen zur gemeinsamen Beschaffung

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YMED41V/documents>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YMED41V>

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

Campus Schopfheim – Elektro Schule Altbau

Referenznummer der Bekanntmachung: 440a-CSB/01-004.01.01

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

45330000

II.1.3) Art des Auftrags

Bauftrag

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Gegenstand der Vergabe sind bauabschnittsweise Sanierungs- und Modernisierungsarbeiten an Elektroinstallationen bei einem mehrgeschossigen, denkmalgeschütztem Schulbau im laufendem Betrieb.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

45317000

45317300

31000000

45310000

45311100

45311000

45312000

45311200

45314000

45316000

45317000

35000000

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE139

Hauptort der Ausführung:

Friedrich-Ebert-Schule – Gemeinschaftsschule Schopfheim

Roggenbachstraße 11

79650 Schopfheim

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Das denkmalgeschützte Schulgebäude wird im Rahmen einer großen Umgestaltung des umliegenden Schulgeländes teilsaniert entsprechend den jeweils geförderten Maßnahmen. In direkter Nachbarschaft entstehen auf dem Schulcampus ein weiterer Schulbau und eine neue Sporthalle.

Gegenstand der Vergabe sind bauabschnittsweise Sanierungs- und Modernisierungsarbeiten an Elektroinstallationen im laufenden Schulbetrieb.

Die Vergabe umfasst Niederspannungsschaltanlagen und -installationsanlagen; Blitzschutz- und Erdungs-, Telekommunikations-, Signalanlagen, Such- und Signal-, Gefahrenmelde- und Alarmanlagen sowie Übertragungsnetze für Daten und Sicherheitsbeleuchtung.

Als Options-/Bedarfspositionen sind Beleuchtungsanlagen enthalten.

Gebäude:

— Bruttogeschossfläche: 4 503 m²,

— Bruttorauminhalt: ca. 18 000 m³.

Im Weiteren wird auf die Leistungsbeschreibung verwiesen.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien
Preis

II.2.6) **Geschätzter Wert**

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Beginn: 06/04/2020

Ende: 07/09/2022

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Als Options-/Bedarfspositionen sind Beleuchtungsanlagen für das gesamte Schulgebäude enthalten (ausdrücklich als Optionen im Leistungsverzeichnis gekennzeichnet). Ob die Beleuchtungsanlage/n im Rahmen der bewilligten Förderanträge zum Teil oder vollumfänglich umgesetzt wird/werden, entscheidet der Auftraggeber abhängig von weiteren notwendigen baulichen Leistungen. Die im Leistungsverzeichnis als Bedarfspositionen ausgewiesenen Positionen werden in die Bewertung einbezogen.

Dem Bieter wird innerhalb von 6 Monaten ab Zuschlagserteilung schriftlich mitgeteilt, ob die Optionen gezogen werden. Erfolgt keine Mitteilung entfallen die Optionen. Es besteht kein Anspruch auf Inanspruchnahme der Optionen.

II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Nachweis über Eintragung in Berufs- bzw. Handelsregister (nur soweit für den Bieter Eintragungspflicht besteht; auch bei Mitteilung über Eintragung in ein PQ-Verzeichnis ist der Nachweis zu erbringen).

Nachweis über die Mitgliedschaft in der Berufsgenossenschaft.

Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123 GWB (gemäß Formblatt).

Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 Abs. 1 GWB (gemäß Formblatt).

Soweit sich ein Bieter auf die Leistungsfähigkeit von qualifizierten Nachunternehmern beruft, sind die vorstehend genannten Erklärungen/Nachweise entsprechend vorzulegen (gemäß Formblatt).

Die Vergabeunterlagen/Formblätter stehen unter der angegebenen URL zum Abruf bereit.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Zwingend anzugeben, auch wenn Eintragung im PQ-Verzeichnis vorliegt. Gesamtumsätze in den letzten 3 Kalenderjahren (2017, 2018, 2019) (gemäß Formblatt).

Umsatz in den letzten 3 Kalenderjahren (Eigenleistung) pro Kalenderjahr mindestens 1,1 Mio. EUR (netto).

Nach Angebotsabgabe und zusätzlicher Aufforderung ist eine Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/ Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen vorzulegen.

Nachweis über eine bestehende Haftpflichtversicherung mit den folgenden Mindesthöhen:

- 2,5 Mio. EUR für Personenschäden,
- 2,5 Mio. EUR für Sachschäden.

Pro Schadensereignis (in Kopie). Die vorstehend genannten Deckungsbeträge müssen pro Versicherungsjahr mindestens 2 Mal zur Verfügung stehen.

Im Falle einer geringeren Deckungssumme der Berufshaftpflicht sind Erklärungen einer Versicherungsgesellschaft abzugeben, dass im Auftragsfalle die Deckungssumme entsprechend erhöht werden kann.

Bei Bietergemeinschaften ist der Versicherungsnachweis für jedes Mitglied zu führen.

Die Vergabeunterlagen/Formblätter stehen unter der angegebenen URL zum Abruf bereit.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Umsatz in den letzten 3 Kalenderjahren (Eigenleistung) pro Kalenderjahr mindestens 1,1 Mio. EUR (netto).

Zwingend anzugeben, auch wenn Eintragung im PQ-Verzeichnis vorliegt!

Nachweis Haftpflichtversicherung in den Mindesthöhen:

- 2,5 Mio. EUR für Personenschäden,
- 2,5 Mio. EUR für Sachschäden.

Pro Schadensereignis (in Kopie). Die vorstehend genannten Deckungsbeträge müssen pro Versicherungsjahr mindestens 2 Mal zur Verfügung stehen.

Im Falle einer geringeren Deckungssumme der Berufshaftpflicht sind Erklärungen einer Versicherungsgesellschaft abzugeben, dass im Auftragsfalle die Deckungssumme entsprechend erhöht werden kann.

Bei Bietergemeinschaften ist der Versicherungsnachweis für jedes Mitglied zu führen.

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Zwingend anzugeben, auch wenn Eintragung im PQ-Verzeichnis vorliegt:

a) Eigenerklärung über mindestens 2 Referenzen der im Wesentlichen in den letzten 8 Jahren erbrachten vergleichbaren Leistungen gemäß der Leistungsbeschreibung.

Vergleichbar sind umfangreiche Sanierungs- und Modernisierungsarbeiten an Elektroinstallationen in Lehr-, Lern- oder Bürogebäuden. Voraussetzung für die Vergleichbarkeit ist, dass die Arbeiten im laufenden Gebäudebetrieb stattgefunden haben und in mehreren Bauabschnitten umgesetzt wurden. Die Referenzgebäude müssen über mindestens 2 Vollgeschosse entsprechend dem Gebäudetyp genutzt sein. Maßgeblich ist, ob aus der Referenz entnommen werden kann, dass der Bieter in der Lage ist, den Auftrag gemäß der Leistungsbeschreibung ordnungsgemäß zu erfüllen. Es muss sich dabei nicht um eine Schule handeln.

Je Referenz ist Gebäudetyp, Ort der Ausführung, Auftraggeber mit Anschrift, Art und Umfang der Bauleistungen, Ausführungsbeginn - und Abschluss sowie Vertragsverhältnis (Hauptauftragnehmer, ARGE-Partner, Nachunternehmer) mitzuteilen. Des Weiteren ist je Referenz der Auftragswert (Euro, netto) der eigenen Leistung mitzuteilen.

b) Eigenerklärung, dass der Bieter über die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Arbeitskräfte und Betriebsmittel verfügt.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Mindestens 2 Referenzen der im Wesentlichen in den letzten 8 Jahren erbrachten vergleichbaren Leistungen gemäß der Leistungsbeschreibung.

Vergleichbar sind umfangreiche Sanierungs- und Modernisierungsarbeiten an Elektroinstallationen in Lehr-, Lern- oder Bürogebäuden. Voraussetzung für die Vergleichbarkeit ist, dass die Arbeiten im laufenden Gebäudebetrieb stattgefunden haben und in mehreren Bauabschnitten umgesetzt wurden. Die Referenzgebäude müssen über mindestens 2 Vollgeschosse entsprechend dem Gebäudetyp genutzt sein. Maßgeblich ist, ob aus der Referenz entnommen werden kann, dass der Bieter in der Lage ist, den Auftrag gemäß der Leistungsbeschreibung ordnungsgemäß zu erfüllen. Es muss sich dabei nicht um eine Schule handeln.

III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

Es wird gemäß § 5 Abs. 1 LTMG Baden-Württemberg darauf hingewiesen, dass die Bieter sowie deren Nachunternehmer und Verleihunternehmen gemäß § 6 Absatz 1 Satz 1 LTMG, soweit diese bereits bei Angebotsabgabe bekannt sind, die erforderlichen Verpflichtungserklärungen gemäß § 3 Absatz 1 bis 3 LTMG (Tarifreueerklärung) oder § 4 Absatz 1 LTMG (Mindestentgelterklärung) abzugeben haben.

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Offenes Verfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**

IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 14/02/2020

Ortszeit: 12:00

IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 09/04/2020

IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Tag: 14/02/2020

Ortszeit: 12:00

Ort:

Hauptstraße 23
79650 Schopfheim

Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren:
Elektronische Angebotsöffnung nach Vier-Augen-Login, keine öffentliche Submission.

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

VI.3) Zusätzliche Angaben:

- 1) Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens unvollständige, unklare oder fehlerhafte Regelungen oder werfen sie Fragen auf, die die Erstellung des Angebots oder die Preisermittlung beeinflussen können, so hat das Unternehmen den Auftraggeber unverzüglich, jedoch spätestens 10 Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist darauf hinzuweisen bzw. entsprechende Fragen zu stellen;
- 2) Der Auftraggeber kann von der Beantwortung von Fragen absehen, die nach diesem Zeitpunkt gestellt werden;
- 3) Fragen und Antworten werden ausschließlich über das Vergabeportal dtvp.de abgewickelt. Mündliche oder telefonische Auskünfte sind unverbindlich;
- 4) Es liegt im Verantwortungsbereich der Unternehmen, sich eigenständig Kenntnis über evtl. Fragen, Antworten, Ergänzungen oder Korrekturen der Vergabeunterlagen zu verschaffen, die im Vergabeportal dtvp eingestellt werden;
- 5) Auf die Information zur Nutzung der E-Vergabe wird hingewiesen (Bestandteil der Vergabeunterlagen);
- 6) Die Baumaßnahmen werden nach dem Schulbauförderungsprogramm 2018 des Landes Baden-Württemberg gefördert. Daher sind die förderrechtlichen Vorgaben zu beachten. Danach sind u. a. die EnEV in der jeweils gültigen Fassung, die Mittelstandsrichtlinien für öffentliche Aufträge (MröÄ) vom 9.12.2010 und das LTMG einzuhalten.

Bekanntmachungs-ID: CXP4YMED41V

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg, Regierungspräsidium Karlsruhe

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Ort: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 721926-8730

Fax: +49 721926-3985

Internet-Adresse: <https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpk/Abt1/Ref15/Seiten/default.aspx>

VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Wenn der Zuschlag bereits wirksam erteilt worden ist, kann dieser nicht mehr vor der Vergabekammer angegriffen werden (§ 168 Abs. 2 Satz 1 GWB). Die Zuschlagserteilung ist möglich 10 Kalendertage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Fax oder per E-Mail bzw. 15 Kalendertage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Post (§ 134 Abs. 2 GWB). Die Zulässigkeit

eines Nachprüfungsantrags setzt ferner voraus, dass die geltend gemachten Vergabeverstöße innerhalb von 10 Kalendertagen nach Kenntnis bzw. – soweit die Vergabeverstöße aus der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind – bis zum Ablauf der Teilnahme- bzw. Angebotsfrist gerügt wurden (§160 Abs. 3 S. 1 Nrn. 1 bis 3 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung der Stadt, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB). Des Weiteren wird auf die in § 135 Abs. 2 GWB genannten Fristen verwiesen.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg, Regierungspräsidium Karlsruhe

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Ort: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 721926-8730

Fax: +49 721926-3985

Internet-Adresse: <https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpk/Abt1/Ref15/Seiten/default.aspx>

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

15/01/2020